Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/522

24. 06. 87

Sachgebiet 806

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 11/98 —

Berufsbildungsbericht 1987

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz großer Anstrengungen der Ausbildungsbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie, der öffentlichen Hand sowie gestiegener Ausbildungszahlen in den beruflichen Schulen haben auch im Berufsbildungsjahr 1986/87 Zehntausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Zum gesetzlich vorgeschriebenen Stichtag, dem 30. September 1986, erhielten 46 300 Bewerber und Bewerberinnen keinen Ausbildungsplatz; 32 400 Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren Vermittlungswunsch ausdrücklich aufrecht erhielten, konnte nur ein Ersatzangebot gemacht werden. Somit erhielten 78 700 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Damit sind aber nur diejenigen Jugendlichen erfaßt, die vom Arbeitsamt als unvermittelt oder unversorgt registriert wurden.

So ist die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach wie vor außerordentlich unbefriedigend. Das zeigt sich insbesondere an der noch einmal gestiegenen Zahl der sogenannten Altbewerber, womit diejenigen Jugendlichen bezeichnet werden, die noch immer einen Ausbildungsplatz suchen, obwohl ihr Schulabschluß mindestens ein Jahr zurückliegt. Von den 731 488 Bewerbern und Bewerberinnen des letzten Jahres gehören mindestens 200 000 zu dieser Gruppe.

Macht man die Gesamtzahl aller Jugendlichen zur Grundlage der Ausbildungsplatzbilanz, so sind im Ausbildungsjahr 1986/87 270 400 Jugendliche ohne Ausbildung geblieben, wie der DGB in seiner Berufsbildungsbilanz auf der Grundlage amtlicher Zahlen festgestellt hat. Ein auswahlfähiges Angebot, bei dem das Angebot an Ausbildungsplätzen mindestens

10 Prozent über der Nachfrage liegt, wurde auch 1986 in keinem Arbeitsamtsbezirk erreicht. Insbesondere in wirtschaftsschwachen und von wirtschaftlichen Strukturkrisen betroffenen Regionen blieb das Angebot an Ausbildungsplätzen auch statistisch noch weit hinter der Nachfrage zurück.

Besonders unbefriedigend ist nach wie vor das Ausbildungsplatzangebot für junge Frauen. Obwohl junge Frauen günstigere Voraussetzungen als der Durchschnitt der Bewerber um Ausbildungsplätze mitbringen und die Nachfrage junger Frauen nach Ausbildungsplätzen in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, beträgt ihr Anteil an den Auszubildenden nur 39 Prozent. Ein Drittel davon sind in Ausbildungsverhältnissen als Verkäuferin oder Friseurin mit einer extrem niedrigen Übernahmequote, ein weiteres Viertel findet sich in den Berufen mit nur zweijähriger Ausbildungsdauer. Von den unvermittelten Bewerbern um Ausbildungsplätze waren zwei Drittel Frauen.

Die nahezu ausschließliche Konzentration auf die quantitative Bewältigung der Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge nach Ausbildungsplätzen in den letzten Jahren hat die qualitativen Fragen der Berufsausbildung in den Hintergrund treten lassen. Die Folgen zeigen sich u. a. darin, daß viele Jugendliche zunehmend Schwierigkeiten beim Übergang aus der beruflichen Bildung in die Beschäftigung haben. Der Anteil der Jugendlichen, die nach der Ausbildung sofort arbeitslos werden, lag in den letzten Jahren zwischen 6 und 9 Prozent. Vielen Jugendlichen wird nach der Ausbildung nur noch ein Zeitvertrag angeboten. In einer Reihe von handwerklichen Berufen, die ihr Ausbildungsplatzangebot in den letzten Jahren stark ausgeweitet haben, sind die Chancen auf Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf nach der Ausbildung besonders schlecht. Das gilt auch für die sogenannten Helferinnenberufe. Die Zukunftsaussichten der Berufe sind also nicht stark genug beachtet worden. Zwischen Ausbildung und Fachkräftebedarf besteht heute bereits eine erhebliche Lücke.

In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Probleme an der „Zweiten Schwelle", also dem Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung, zu rechnen, weil viel mehr Jugendliche das duale System und entsprechende schulische Ausbildungsgänge verlassen, als Erwerbstätige mit entsprechender Qualifikation aus dem Beschäftigungssystem ausscheiden. Mehr als 800 000 qualifizierte Arbeitsplätze müßten bis 1990 allein für diese Jugendlichen geschaffen werden. Erst zwischen 1990 und dem Jahr 2000 wird nach einer Modellrechnung der BLK das Angebot an Fachkräften mit abgeschlossener Ausbildung wieder leicht zurückgehen, aber sich noch immer über dem Stand von 1985 bewegen. Zusätzlich aber werden bis zum Jahr 2000 nach der gleichen Modellrechnung 1,71 Millionen Jugendliche unqualifiziert auf den Arbeitsmarkt kommen – dies sind 17,5 Prozent oder jeder fünfte bis sechste Jugendliche aus dieser Gruppe.

Angesichts vorhandener Probleme und sichtbarer Entwicklungen in Ausbildung und Beschäftigung ist es unverantwortlich, allein auf abnehmende Schulabgängerzahlen zu vertrauen und daraus Optimismus für die Zukunft zu prognostizieren.

Auch in diesem Jahr werden voraussichtlich über 700 000 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz nachfragen. Damit wird das Angebot an Ausbildungsplätzen erneut nicht der Nachfrage entsprechen und erst recht nicht die erforderliche Auswahlfähigkeit bieten, um den Ausbildungsanspruch der jungen Generation zu erfüllen. Diese Situation verlangt ebenso nach politischen Entscheidungen, wie das Problem der „strukturellen Fehlausbildung" in der beruflichen Bildung und das der drastischen Benachteiligung junger Frauen.

II. Der Bundestag erwartet daher von der Bundesregierung

1. eine Erhöhung der finanziellen Ausstattung des Benachteiligtenprogramms des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft gemäß der Nachfrage und verbesserte Konditionen für die Träger des Programms. Das Programm soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, damit die Jugendlichen, auf die die Kriterien des Programms zutreffen, einen individuellen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung in diesem Programm haben;

2. ein Sonderprogramm zur Erweiterung der Ausbildungschancen junger Frauen, damit vermieden wird, daß junge Frauen mit guten Schulabschlüssen in das Benachteiligtenprogramm oder in Warteschleifen abgedrängt werden oder resignieren;

3. die volle Ausschöpfung der Ausbildungskapazitäten in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz bei den Behörden und Einrichtungen des Bundes, der Bundespost, der Bundesbahn, der Bundeswehr sowie den Unternehmen mit Bundesbeteiligung;

4. eine Erhöhung der Zuschüsse des Bundes für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, damit sie mit der technologischen Entwicklung Schritt halten können;

5. Verhandlungen mit den Ländern über ein gemeinsames Programm zur Verbesserung der technologischen Ausstattung der Berufsschulen mit finanzieller Beteiligung des Bundes;

6. eine Erweiterung der Programme über die bisherigen Modelle hinaus zur Qualifizierung von Ausbildern und Ausbilderinnen sowie den in der Ausbildungsberatung und Berufsberatung Tätigen, damit nach den modernisierten Ausbildungsordnungen auch tatsächlich ausgebildet werden kann;

7. eine entschiedene politische Anstrengung und entsprechende finanzielle Ausstattung, um die erfolgreichen Modellversuche zur beruflichen Bildung – insbesondere zur Förderung des Ausbildungsverbundes und der Ausbildung

von jungen Frauen in zukunftsorientierten, gewerblich-technischen Berufen – durch flächendeckende Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen auch umzusetzen;

8. den Ausbau der Arbeitsverwaltung, damit sie personell und qualitativ in der Lage ist, die Jugendlichen umfassend zu informieren und zu beraten, die Zusammenarbeit mit den Schulen zu verbessern und in Zusammenarbeit mit den Betrieben und Verwaltungen sowie mit den kommunalen Gebietskörperschaften – Großstädte, Landkreise, Städte und Gemeinden – Initiativen zur Ausweitung eines qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes zu unterstützen;

9. einen eigenen Gesetzentwurf zur Entlastung der Ausbildungsbetriebe, damit sich die Betriebe, die nicht ausbilden oder in zu geringem Umfang ausbilden, an den Kosten der betrieblichen Berufsausbildung beteiligen.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333